

02. November 2022

Herrn Landrat Sven-Georg Adenauer

- per E-Mail -

Sehr geehrter Herr Landrat,

die FDP-Fraktion stellt folgenden Antrag zum Tagesordnungspunkt „Stellenmehrbedarf in der Abteilung Straßenverkehr“ (DS 5823) im Kreisausschuss am 21.11.2022:

**Zur Steigerung der Verkehrssicherheit beschafft der Kreis 5 mobile Geschwindigkeitsdisplays. Entsprechende Haushaltsmittel werden für 2023 zur Verfügung gestellt (geschätzt 12.500 Euro).**

Begründung:

Die Verwaltung schlägt in der vorgenannten Drucksache die Ausweitung von Verkehrsüberwachungsmaßnahmen aufgrund einer Vielzahl von Geschwindigkeitsübertretungen vor. Unbestritten ist überhöhte Geschwindigkeit ein signifikantes Unfallrisiko, dem begegnet werden muss. Aus Sicht der FDP-Fraktion ist hierzu ein gut geeignetes Mittel der verstärkte Einsatz mobiler Geschwindigkeitsdisplays an kritischen Punkten. Diese Anlagen können für einen längeren Zeitraum an entsprechenden Stellen eingesetzt werden und so zu einer Sensibilisierung von Autofahrerinnen und Autofahrern beitragen.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen 2022 haben wir bereits diese Anregung eingebracht. Leider wurden daraufhin nur die Mittel für die Ersatzbeschaffung für zwei abgängige Dialogdisplays beschlossen, obwohl die befragten Kommunen die Sinnhaftigkeit der Displays ebenfalls gesehen haben. Auch von Seiten der Polizei wird der Einsatz der Displays positiv bewertet.

Im Kreisausschuss am 19.09.2022 hat es zu dem Thema eine Mitteilungsvorlage gegeben (DS 5803). Dort werden die Unfallzahlen der vergangenen Jahre dargelegt. So gab es im Kreis Gütersloh im Jahr 2015 8.519 Unfälle. Im Jahr 2019 waren es 9.087. Das Jahr 2019 sollte als letztes Jahr vor der Corona-Pandemie als Vergleichswert für die aktuellen Daten herangezogen werden. Im ersten Halbjahr 2022 wurden 4.280 Unfälle registriert. Diese Zahl hochgerechnet auf das Gesamtjahr 2022 ergibt mit 8.560 Unfällen einen Wert, der auf dem Niveau von 2015 und klar unter dem des Jahres 2019 liegt. Von einer deutlichen Steigerung der Zahlen wie in der Vorlage erwähnt, kann also keine Rede sein. Im Gegenteil: Die Zahlen sinken. Eine Ausweitung bußgeldpflichtiger Überwachungsmaßnahmen ist aus unserer Sicht nicht zwingend das einzige probate Mittel, um Geschwindigkeitsübertretungen zu begegnen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Thorsten Baumgart